

Ergebnisprotokoll der 4. Sitzung der Begleitgruppe Bürgerentscheid JVA Esch

| | |
|--------------------------|--|
| Datum: | Mittwoch, 30. September 2015, 15.00 – 16.30 Uhr |
| Ort: | Sitzungssaal des Alten Rathauses, Hauptstraße 21 - 23, 78628 Rottweil |
| TeilnehmerInnen: | Siehe Teilnehmerliste (Anlage 1) |
| Moderation: | Dr. Miriam Freudenberger, Allianz für Beteiligung |
| Protokollführung: | Hannes Schuster, Praktikant in der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung |
| Anlage: | 1. Teilnehmerliste |

Top 1: Begrüßung

Moderatorin Frau Dr. Freudenberger begrüßt alle Teilnehmer der Runde und gibt einen kurzen Rückblick auf den Bürgerentscheid und die Entscheidung zugunsten der Ansiedlung der JVA am Standort Esch. Frau Dr. Freudenberger weist noch einmal darauf hin, dass der Bürgerentscheid erst durch das Engagement der „Bürgerinitiative Neckarburg ohne Gefängnis“ (BI) und deren Stimmensammlung für einen Entscheid zustande kam. Zum Prozess und der Arbeit in der Begleitgruppe gratuliert die Moderatorin ausdrücklich allen Beteiligten. Selten habe sie in ihrer bisherigen Arbeit eine so konstruktive und faire Zusammenarbeit zwischen Befürwortern und Gegnern in einer Begleitgruppe erlebt.

Top 2: Einschätzungen über die Arbeit in der Begleitgruppe aus der Runde

Herr Dr. Foth, Vorstand im Bewährungshilfeverein Rottweil, erklärt, dass er die Atmosphäre in der Begleitgruppe als positiv empfunden hat. Zugleich lobt er die Debattenkultur in der Begleitgruppe, deren weitere Fortführung er begrüßen würde. Dafür spreche, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der Wähler gegen eine JVA im Esch ausgesprochen hat. Wichtig sei ihm deshalb, auch die Gegner weiter bei zur Debatte stehenden Themen, wie der Einbindung der JVA in die Landschaft, einzubinden. Die JVA im hessischen Hünfeld nennt er als Beispiel für eine Möglichkeit, eine JVA möglichst gut in die Landschaft einzugliedern. In Hünfeld ersetzt ein bepflanzter Erdwall, der innerhalb der Anstalt befestigt ist, eine Mauer. Herr Dr. Foth regt einen Besuch der Entscheidungsträger vor Ort an.

Herr Albrecht, Stadtrat der FWV, attestiert der Gruppe eine gute Arbeit, der Austausch der Argumente sei ganz überwiegend sehr sachlich gewesen. Er betont, dass ohne das Engagement der Begleitgruppe, der Bürgerinitiativen sowie der Verbände, die Landesregierung sicher keine so großen Zugeständnisse wie den anstehenden Architekturwettbewerb gemacht hätte.

Grünen-Stadträtin Frau Gekle-Maier sagt, dass die Diskussion über den Standort einer neuen JVA in Rottweil fünf Jahren angehalten hat. Gerade deshalb sei es so wichtig gewesen, im Rahmen einer Begleitgruppe zu diskutieren, die extern moderiert war. Ihrer Meinung war der Prozess ein weiteres Indiz dafür, dass mit der Einbindung von Bürgern in Planungsprozesse am Ende bessere Ergebnisse erreicht werden. Auch Frau Gekle-Maier plädiert für die weitere Arbeit in einer Begleitgruppe, in der auch die Gegner mitarbeiten, da mehr als ein Drittel der Wähler eine JVA im Esch nicht wollte.

Herr Hils, Stadtrat des FFR, erklärt, dass man den Prozess in der Begleitgruppe für die Presse hätte öffnen sollen. Er lobt die Arbeit in der Gruppe aber sonst und fügt an, dass man mit einem solchen Prozess im Vorlauf wohl schon an einem anderen Standort in Rottweil erfolgreich gewesen wäre.

Herr Leibrecht, Gefängnisseelsorger im Justizvollzug Kreis Rottweil, drückt seine Freude über den Entscheid für den Bau am Esch aus - gerade im Hinblick auf die die Gefangenen und die Bediensteten, die in der neuen JVA arbeiten und leben werden. Er warnt zugleich davor, dass nicht immer vom geplanten „Großgefängnis“ geredet werden sollte. Ein Gefängnis mit 400 Haftplätzen sei kein Großgefängnis in diesem Sinne. Es solle durch die Vermeidung der Bezeichnung „Großgefängnis“ keine Ängste in der Bevölkerung geschürt werden.

Herr Rauner vom „Bürgerforum Perspektive Rottweil“ (BF) nennt die Begleitgruppe einen wichtigen Ort, wo Gegner und Befürworter des Projekts gemäßigt diskutieren konnten. Für das BF erklärt er stellvertretend, dass dieses die weitere Planung, wie versprochen, begleiten werde. Er drückt wie Herr Dr. Foth seinen Wunsch nach einer Fortführung der Begleitgruppe aus, um einen transparenten Bauprozess zu gewährleisten.

Herr Dr. Hecht von der BI bedankt sich bei der Stadt Rottweil und den beteiligten Ministerien für den Aufbau der Begleitgruppe. Mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids sei die BI nicht glücklich. Nach der Entscheidung für den Bau am Esch ist man sich innerhalb der BI noch nicht sicher, ob der Bauprozess weiter begleitet werden soll, da man sich im Vorhinein strikt gegen den Bau ausgesprochen hat, erklärt Herr Dr. Hecht. Die Tendenz gehe derzeit jedoch dazu, die Aufgabe der BI mit der Herbeiführung des Bürgerentscheids als erfüllt zu betrachten und weitere Schritte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden zu unternehmen.

Herr Oberbürgermeister Broß lobt den intensiven Prozess in der Begleitgruppe, deren Ziel, die Vorbereitung des Bürgerentscheids gewesen war. Selbst während der Ferienwochen im Sommer seien die Mitglieder oft zusammengekommen und hätten fair und sachlich miteinander diskutiert und zusammengearbeitet. Die Bürgerbeteiligung sei aber längst noch nicht am Ende, die Stadt stehe zu ihrem Versprechen, die Bürger nach einem positiven Bescheid weiter in die Planungen miteinzubeziehen. Herr Oberbürgermeister erklärt zudem, dass auch die Bürgermeister aus den Nachbargemeinden Villingendorf und Dietingen bereits Interesse signalisiert haben, in den weiteren Prozess miteingebunden zu werden.

Herr Ruof von der BI drückt seinen Unmut darüber aus, dass südlich vom Standort Esch Demokratie geherrscht habe, nördlich davon jedoch nicht. So hätten weder die Villingendörfer noch die Dietinger aufgrund des geltenden Kommunalverfassungsrechts abstimmen können.

Herr Ulmschneider vom BUND Ortsverein erklärt, dass er sich nicht zu den Verlierern zählt. Seit 30 Jahren engagiere er sich schon für den Naturschutz und könne daher nicht jedes Mal, wenn der Naturschutz gegenüber anderen Gesichtspunkten zurückstehen muss, seinen Einsatz überdenken. Auch er erklärt, dass er versuchen möchte, mit Hilfe der Naturschutzverbände beim Planfeststellungsverfahren Einfluss zu nehmen.

Herr Wezel, Referent in der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, überbringt viele Grüße von Staatsrätin Erler und deren Lob für den Prozess und den Mut, sich auf den Beteiligungsprozess einzulassen. Auch Mehr Demokratie e. V. habe den Beteiligungsprozess ausdrücklich gelobt. Zum Schluss richtet Herr Wezel die Bitte an Dr. Hecht von der BI in der weiteren Planung dabei zu bleiben. Herr Dr. Hecht erwidert, dass sich die BI über die weiteren Ausführungen, die in der Sitzung in der Folge besprochen werden, Gedanken machen werde.

An Oberbürgermeister Broß richtet Herr Dr. Hecht die Frage, welche Kosten der Stadt Rottweil für die Bürgerbeteiligung angefallen sind. Herr Broß erklärt, dass er den Bürgerbeteiligungsprozess auf eine Höhe von 90.000 Euro beziffern kann. Hinzu kommen noch die Kosten für die Durchführung des Bürgerentscheids (20.000 Euro). Das Land Baden-Württemberg habe jedoch bereits eine Beteiligung an den Kosten zugesagt. Nach kurzem Austausch zum Thema Kosten sagt Herr Broß Herrn Dr. Hecht

zu, eine Liste gegliedert nach Feldern zur Verfügung zu stellen, da eine Aufstellung der Kosten nach Einzelpositionen wegen der damit verbundenen Offenlegung von Einzelhonoraren nicht möglich sei.

Herr Wahl vom Staatsministerium ergänzt zum Thema Kosten, dass das Land momentan prüfe, inwieweit es sich an den Kosten der Bürgerbeteiligung beteiligen kann.

Herr Albrecht erklärt, dass die Kosten der Stadträte für die Wahlwerbung ausschließlich privat und von den Ortsverbänden getragen worden sind. Der Zuschuss der Ortsverbände werde durch Spenden der Gemeinderäte getragen. Er betone dies, um mit den Gerüchten aufzuräumen, dass sich die Stadt Rottweil finanziell am Wahlkampf der Gemeinderäte beteiligt habe.

Herr Hermann, Medienreferent der Stadt Rottweil, schildert, dass man von Seiten der Stadt die Anregung an die lokale Presse gegeben hat, das Datum des Bürgerentscheids durch ein Logo auf den entsprechenden Internetseiten der Zeitungen möglichst bekannt zu machen.

Herr Ruof entgegnet diesem Hinweis, dass er insgesamt über die einseitige Berichterstattung in der Presse erschrocken gewesen ist. Pressemitteilungen der BI seien so gut wie nie im Wortlaut verwendet worden. Herr Hermann erwidert darauf, dass es der Stadt Rottweil auch nicht anders ergangen sei und zu diesem Punkt Ansprechpartner der BI nicht die Stadt, sondern die Medien selbst sind.

Top 3: Ende der Begleitgruppe und weiteres Vorgehen

Frau Dr. Freudenbergler erläutert noch einmal, dass die Begleitgruppe ein Mandat bis zum Bürgerentscheid hatte und ihr Ziel mit der Vorbereitung des Bürgerentscheids erreicht hat.

Herr Wahl erläutert, wie sich die Stadt und das Land den weiteren Beteiligungsprozess nach ersten Überlegungen vorstellen. Folgende Projektstruktur ist vorgesehen:

In der sogenannten **Arbeitsgruppe** sind die beteiligten Ministerien (Justizministerium, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sowie Staatsministerium) und Vertreter von Vermögen und Bau vertreten. Die Arbeitsgruppe ist zentraler Motor beim Vorantreiben des Arbeitsprozess, deren Aufgabe die eigentliche Fachplanung ist.

In der sogenannten **Steuerungsgruppe** treffen Vertreter der zuvor aufgeführten Ministerien und der Stadt Rottweil bindende Entscheidungen im weiteren Planungsverlauf.

Möglichkeiten zur Partizipation haben Verbände und Initiativen in noch genauer festzulegenden **Themenkreisen**, an denen VertreterInnen der Verbände und Initiativen, der Stadt und des Landes und, wenn gewünscht, auch der Kommunen Villingendorf und Dietingen teilnehmen werden. Als mögliche Themen nennt Wahl den **Naturschutz am Esch**, die Begleitung des **Architekturwettbewerbs** sowie die **Resozialisierung** der Gefangenen.

Die Themen der Themenkreise werden in einer Sitzung mit den bisherigen Mitgliedern der Begleitgruppe und weiteren Interessierten am Prozess festgelegt. Die Moderation dieser Sitzung wird durch ein externes Büro übernommen, das in Zukunft auch die Moderation und die Zusammenführung der Themenkreise übernimmt. Eine Ausschreibung zur Findung eines entsprechenden Büros soll zeitnah erfolgen.

Wichtig seien zuvor jedoch die Rückmeldungen aus der Begleitgruppe, wer weiterhin im Prozess involviert bleiben möchte und zur vorgestellten Projektstruktur. Herr Wahl bittet die Runde, Meinungen zum Verfahren und einen Ausblick zu geben, ob und in welchem Umfang eine weitere Beteiligung erwünscht sei.

Top 4: Rückmeldungen zum weiteren Verfahren

Frau Gekle-Maier befindet das weitere Vorgehen grundsätzlich für gut, erklärt jedoch, dass die bisherige Handhabung mit der Weitergabe von Informationen im Internet via Beteiligungsportal des Landes und JVA-Homepage der Stadt weiter beibehalten werden muss, um so transparent wie möglich zu arbeiten.

Herr Rauner ist mit dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen einverstanden und erklärt, dass das BF, den weiteren Prozess begleiten werde. Ihm stellt sich noch die Frage nach dem weiteren zeitlichen Ablauf. Wenn Dinge wie der Kaufvertrag über das Gelände abgeschlossen seien oder Grundlagen für den Architekturwettbewerb feststünden, könne nur noch schwer auf die weitere Planung Einfluss genommen werden. Deswegen sei es umso wichtiger, die Arbeit in den neuen Themenkreisen so schnell wie möglich aufzunehmen.

Auch Herr Albrecht meint, dass sobald der Bebauungsplan und die Bedingungen für den Architekturwettbewerb festgesetzt sind, nicht mehr viel Einflussmöglichkeiten für Interessengruppen oder Bürger bestehen.

Herr Dr. Maurer vom Justizministerium gibt dazu die Auskunft, dass man von Seiten des Landes zuversichtlich ist, den Kauf des Geländes in der nächsten Zeit abzuschließen. Das Justizministerium wird in den nächsten Wochen den Bedarf definieren, den die neue JVA in Rottweil benötigt. Dies sei Grundlage für den Architekturwettbewerb.

Herr Oberbürgermeister Broß erklärt hierzu, dass man zwischen zwei Zuständigkeiten unterscheiden muss: Der Kauf des JVA-Grundstücks ist Sache des Landes, der Grundstückskauf für den neuen Fahrradweg wiederum Sache der Stadt. Beide Käufe können also nicht miteinander verknüpft werden.

Herr Huber von der Stadt Rottweil sagt, dass man auch von Seiten der Stadt Zeitdruck verspürt. Die Aufgabenstellung für den Architekturwettbewerb muss in der nächsten Zeit abschließend formuliert werden. Er erklärt in Bezug auf die weiteren Möglichkeiten zur Mitarbeit für die Themenkreise, dass es Dinge gibt, die beim jeweiligen Gefängnisbau individuell gelöst werden können und somit auch Rückmeldungen aus den Themenkreisen miteinbezogen werden können.

Herr Huber nennt Themen, die auch noch nach Fertigstellung der JVA aktuell sein werden, wie eine möglichst gute Resozialisierung der Häftlinge und die damit verbundenen Hilfestellungen durch Teile der Zivilgesellschaft. Er merkt dabei auch an, dass es einige Punkte gebe, die durch unverrückbare Standards vorgegeben werden, die auch in Rottweil nicht abgeändert werden können.

Herr Leibrecht bezieht sich auf ein Gespräch mit dem Architekten Hohensinn bei der Informationsveranstaltung der Stadt und erklärt ebenfalls, dass seiner Ansicht nach viele Dinge schon vor dem Beginn des Architekturwettbewerbs festgelegt werden müssen. Im Anschluss kann dann nur noch bei wenigen Punkten Einfluss genommen werden. Wenn es somit dann nur noch zu reinen Diskusstreffen ohne Mitspracherecht käme, erklärt Leibrecht, wäre ihm das zu wenig und vor allem auch weniger als im Vorhinein zugesagt wurde.

Leibrecht fordert die Stadt explizit noch einmal dazu auf, am Vorhaben festzuhalten, beim JVA-Bau und den Anforderungen an die Architekten neue Wege zu gehen. Herr Wahl stimmt zu, dass mit der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs die Eckdaten für das spätere Bebauungsplanverfahren stehen. Er spricht von einem ambitionierten Zeitplan für die weitere Planung, der sich gerade auch durch die lange Standortsuche ergeben hat. Trotzdem ist es ein Anliegen des Landes, so Wahl, trotz des überschaubaren Zeitfensters bis zum Architekturwettbewerb, eine möglichst intensive Beteiligung der interessierten Bürger und Gruppen zu ermöglichen.

Herr Dr. Maurer erklärt noch einmal, dass das Land davon ausgeht, dass diejenigen, die für einen JVA-Neubau gestimmt haben, auch davon ausgehen, dass das Land eine sichere Anstalt bauen wird. Und das Land wird auch eine sichere JVA bauen. So könne man sicher über viele Dinge beim Bau

sprechen, aber nicht alle Vorgaben für den Architekturwettbewerb hinsichtlich der Sicherheitspunkte bis ins Detail diskutieren.

Herr Sauter meint, dass es wichtig ist, die Themenkreise rechtzeitig einzusetzen und deren Treffen mit Vorlauf abzustimmen, damit diese dann jeweils noch rechtzeitig in den Planungsprozess miteingreifen können.

Herr Hils wünscht sich für die Zusammensetzung der Themenkreise, dass alle politischen Parteien berücksichtigt werden, unabhängig davon, ob sie Fraktionsstatus im Gemeinderat besitzen oder nicht. Herr Oberbürgermeister Broß berichtet, dass die Gemeinderäte schon den Wunsch einer Teilnahme in den Themenkreisen bei ihm hinterlegt haben und er diesem offen gegenüber steht.

Frau Gekle-Maier fragt zum Thema Architekturwettbewerb, ob es bei diesem mit den strikten Sicherheitsvorgaben im Hintergrund überhaupt möglich ist, kreative Ideen einzubringen.

Herr Dr. Maurer führt dazu aus, dass es Spielraum geben wird, da die Sicherheitsstandards zwar feststehen, aber trotzdem Möglichkeiten zur individuellen Ausgestaltung vieler Bereiche bestehen, wie der Anordnung der Innenräume in der JVA. Er weist dabei zugleich darauf hin, dass eine allfällige Diskussion um Sicherheitsstandards schon deshalb vermieden werden sollte, um das Aufkommen von Ängsten in der Bevölkerung zu vermeiden.

Herr Dr. Foth erklärt, dass Themen wie Naturschutz oder Sicherheitsanforderungen nicht getrennt voneinander betrachtet werden sollten und dies auch bei der Zusammensetzung der Themenkreise bedacht werden sollte. Herr Huber erklärt dazu, dass die Bewertung des Stellenwerts der einzelnen Punkte im Planungsprozess in den Themenkreisen diskutiert werden kann.

Herr Rauner richtet sich noch einmal an Herrn Dr. Maurer und erklärt bezüglich der Diskussion um die Sicherheitsstandards, dass für ihn die Wortwahl wichtig sei. Wenn die Aussage getätigt wird, dass Sicherheit über allem steht, könne jede weitere Diskussion im Kern vernichtet werden. Der Bürgerentschied sei nicht durch die Thematisierung des Sicherheitsaspekts beim künftigen Bau gewonnen worden, sondern gerade das Versprechen auf eine möglichst stimmige Einbettung in die Naturlandschaft am Esch sei ausschlaggebend gewesen. Somit müsse man bei der Umsetzung auch mit der höchstmöglichen Offenheit diskutieren können, um sicherzustellen, dass der JVA-Neubau in Rottweil auch wirklich Modellcharakter bekommt.

Frau Gekle-Maier erklärt ebenfalls, dass in Rottweil lediglich ein Streit um die Standortentscheidung geherrscht habe. Sicherheitsbedenken seien in der Stadt nie Thema gewesen.

Herr Sauter widerspricht in diesem Punkt, und erklärt, dass die Sicherheitsfrage sehr wohl ein Punkt gewesen sei, der in der Bevölkerung intensiv debattiert worden sei. Deswegen ist es für ihn klar, dass das Land als Bauherr Sicherheitsstandards nicht offenlegen kann. Diese könnten nur in den Fachkreisen besprochen und deren Umsetzung geplant werden.

Herr Dr. Maurer gibt auf Nachfrage von Herrn Dr. Hecht an, dass die Letztentscheidung im Bauprozess beim Land als Vorhabenträger liegt.

Herr Leibrecht erklärt, dass es außer Frage steht, dass das Land das Letztentscheidungsrecht besitzt, allen Beteiligten jedoch trotzdem daran gelegen sein sollte, dass Bürger und Verbände den Bauprozess von Beginn weg möglichst umfassend begleiten können.

Top 5: Zusammenfassung

Moderatorin Frau Dr. Freudenberger fasst nach den Rückmelderunden noch einmal die grundlegenden Punkte wie folgt zusammen:

Die Arbeit in der Begleitgruppe wurde von den Teilnehmern als überwiegend konstruktiv und fair in den Debatten empfunden.

Obwohl das Mandat der Begleitgruppe mit der heutigen Sitzung ausläuft, ist es für Interessierte weiter möglich, sich im Bauprozess mit Planung und Umsetzung weiter einzubringen. Dafür werden **Themenkreise** gebildet, deren thematischer Schwerpunkt im Verlauf der kommenden Wochen festgelegt wird.

Mögliche Themen sind Naturschutz, Architektur und Aspekte der Resozialisierung. Diese Themenliste kann jedoch im weiteren Prozessverlauf noch ergänzt bzw. die einzelnen Punkte weiter unterteilt werden. Die Anbindung der Themenkreise an die Arbeitsgruppe ist angedacht, die genaue Umsetzung wird in den nächsten Wochen festgelegt.

Die Stadt Rottweil wird zeitnah die Mitglieder der Begleitgruppe sowie andere am Prozess interessierte Personen zu einer Sitzung einladen, bei der die Themenkreise gebildet werden. Diese Sitzung sowie die Sitzungen der Themenkreise sollen von einem neuen, externen Büro moderiert werden. Falls die Findung eines neuen Büros länger dauert als erwartet, steht Frau Dr. Freudenberger von der Allianz für Beteiligung noch einmal für einen Übergangstermin zur Verfügung.

Top 6: Verabschiedung und Ausblick

Frau Dr. Freudenberger verabschiedet sich bei allen Teilnehmern und bedankt sich für eine angenehme und gute Zusammenarbeit.

Herr Oberbürgermeister Broß nennt in seinem Schlusswort das Hauptergebnis für ihn: Auch wenn die Begleitgruppe nun formal ende, geht die Bürgerbeteiligung – wie von der Stadt Rottweil versprochen – weiter. Herr Broß wünscht sich, dass alle Gruppenmitglieder dabei bleiben, um inhaltlich mitzudiskutieren und den Prozess weiter zugestalten.